Nr. 542 – 22.02.2016





Kinder im Visier

Die Bundeswehr rekrutiert Minderjährige und wirbt an Schulen. GEW und Terre des Hommes kritisieren in einer gemeinsamen Publikation die einseitige Nachwuchswerbung der Bundeswehr in den Medien und Vorträge von Soldaten an Schulen.

Sterben ist nicht sexy, Krieg auch nicht, Ängste, und Depressionen und Alpträume schon gar nicht. Das weiß auch die Bundeswehr und verschweigt diese Themen deshalb konsequent bei ihrer Nachwuchswerbung. Stattdessen werden bei Bundeswehr-Werbespots Bilder von gesunden, gut aussehenden jungen Männern und Frauen gezeigt, die Spaß haben, gemeinsam Abenteuer bestehen und sich für eine gute Sache einsetzen.

Beachvolleyball im Bikini, Lagerfeuer am Strand, Bergwanderungen und Schlauchboottouren, zusammen mit anderen iungen Menschen und dazu noch auf Staatskosten - wer wäre da nicht gerne dabei? Und dann später im Beruf "Gemeinsam Ziele erreichen!" (U-Bahn-Bundeswehr-Spot der Kampagne "Wir.dienen.Deutschland") und "Machen, was wirklich zählt" (neue Werbekampagne), und das hei "attraktiver Vergütung sowie guten Sozialleistungen eines zukunftsorientierten und modernen Arbeitgebers" - mit großen Versprechen und schönen Bildern werden vor allem junge Menschen gelockt, Soldat zu werden.

Dennoch hat die Bundeswehr wie die weltweit meisten Armeen Nachwuchssorgen - insbesondere seit dem Wegfall der Wehrpflicht, den immer kleineren Jahrgängen aufgrund der demographischen Entwicklung und der steigenden Zahl an Auslandseinsätzen. Tod, Verkrüppelung, Trauma und Gewalt schrecken ab, da helfen auch Bezahlung angeblich gute kostenloses Studium nicht. Auch der

Behauptung, man sichere den Frieden mit Kriegseinsätzen wie in Afghanistan, schenken immer weniger junge Menschen Glauben – die täglichen Medienbilder sprechen eine andere Sprache.

Kinder und Jugendliche sind für die Bundeswehr eine besonders attraktive Zielgruppe. Sie sind relativ gutgläubig, abenteuerlustig und risikofreudig und deswegen deutlich leichter für den Soldatenberuf zu begeistern als Erwachsene oder gar Mütter oder Väter mit Familie. Viele sind technikbegeistert sich und lassen auch Schnellfeuergewehren oder Panzern locken. Zudem sind sie oft noch auf der Suche nach Orientierung und einer Aufgabe im Leben. Sie sehnen sich nach Gruppenerlebnissen und Nestwärme in einer Gemeinschaft. Das sind auch Gründe, die Kindersoldaten in Krisengebieten dazu bewegen, sich bewaffneten Gruppen anzuschließen.

Die Bundeswehr wirbt gezielt und zunehmend bei Minderjährigen, nicht nur in Jugendmedien wie der Bravo, in Schülerzeitungen und entsprechenden Internetseiten, sondern auch in Schulen. Jugendoffiziere der Bundeswehr, die an Schulen gehen, dort über "Sicherheitspolitik" und die Arbeit der Bundeswehr informieren und dabei indirekt Nachwuchs werben, oder auch Karriereberater, die dies ganz direkt tun, erzählen kaum etwas von den Schattenseiten der Militäreinsätze. Allenfalls wird die Trennung von der Familie angesprochen oder allgemein von "Risiken" geredet.

Die Bundeswehrführung und viele Politiker sehen in der einseitigen Nachwuchswerbung in den Medien und den Vorträgen von Soldaten an Schulen Problem. Für ausgewogene Informationen, wie sie der sogenannte Beutelsbacher Konsens für politische Bildung an Schulen fordert, seien die Lehrer verantwortlich. In vielen Fällen beschränkt sich die Beschäftigung mit dem Thema jedoch auf den Vortrag des uniformierten Bundeswehrsoldaten. Pädagogische Standards oder gar Vorgaben zu dem sensiblen Thema -Fehlanzeige.

aus: "Kinder im Visier" von GEW und Terre des Hommes, gekürzt

Bundes- und Landesregierung missachten UN-Empfehlungen zu Kinderrechten

Bundes- und Landesregierung missachten wiederholt die Empfehlungen des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes an Deutschland (Januar 2014). Darin heißt es:

"Der Ausschuss wiederholt seine vorherigen Empfehlungen und empfiehlt, dass der Vertragsstaat:

- (a) das Mindestalter der Rekrutierung für die Streitkräfte auf 18 Jahre festlegt
- (b) alle Formen von Werbekampagnen für die deutschen Streitkräfte, die auf Kinder abzielen, verbietet."

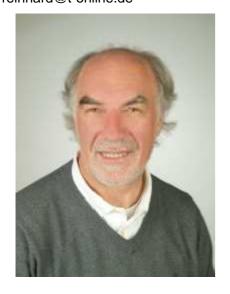
DKP in den Landtag!

Die DKP Heidenheim kandidiert bei den Landtagswahlen am 13.März. Ein Aktionstag soll die letzten Wähler mobilisieren.

Die DKP-Heidenheim kandidiert im Wahlkreis 24 Heidenheim zur Landtagswahl. Ihr Kandidat ist Reinhard Püschel, der die DKP auch im Heidenheimer Gemeinderat vertritt

Am Samstag 5. März findet ein bezirksweiter Aktionstag Heidenheim statt. An diesem Tag sollen 8000 Blickpunkte (Zeitung der DKP-Heidenheim) Wohngebieten verteilt werden. Dazu Unterstützung wird die aller Mitglieder gebraucht. Treffpunkt ist Uhr im Hotel Pöltl. um Erchenstraße 14. Nach Verteilaktion trifft man sich wieder im Hotel Pöltl zum Mittagessen mit Aussprache und Einschätzung der Verteilaktion.

Anmeldung bei Püschel: Tel. 07321-924206, E-Mail: pueschelreinhard@t-online.de



Rost an 2000 Atommüllfässer bei Karlsruhe!

Nachrichtenmagazin Laut dem "Spiegel" soll eine Studie belegen, dass das AKW Gundremmingen das gefährlichste noch am Netzt befindliche Atomkraftwerk Deutschlands ist. Demnach seien Zwischenfälle ausgewertet worden, aus denen sich im Ernstfall eine Kernschmelze hätte entwickeln können. Mit insgesamt 14 solcher Störfälle (1993-2010) in seinen zwei Blöcken führe das Gundremminger AKW die Statistik der noch laufenden Kraftwerke Die an. anderen sieben AKWs kämen zusammen auf elf solcher Ereignisse.

Die DKP, aber auch viele Menschen fragen sich, warum wird Atomaufsicht baverische nicht endlich wach?

Es kommt noch schlimmer! Im Jahr 2014 wurden 1700 rostige Atommüll-Fässer im Zwischenlager bei Karlsruhe gefunden. Mittlerweile es 2200 Fässer. Innenwände Rost aufweisen. "Ein Fass, das rostet, wird zum Risiko, weil es über kurz oder lang nicht mehr dicht ist" sagt Umweltminister Franz Untersteller.

DKP Die sagt: Sofortige Abschaltung aller AKWs. Jeden Tag wird Atommüll produziert. Dieser Atommüll kann rund 1 Million Jahre tödlich strahlen.

aus: Blickpunkt DKP Heidenheim, gekürzt



Roter Fächer 1/2016 ist da!

Die neue Ausgabe der Stadtzeitung der DKP Karlsruhe ist am Samstag 20.02.2016 erschienen! Bei einem Infostand in der Karlsruher Südstadt wurde die Zeitung unters Volk gebracht und Gelegenheit gegeben, die DKP kennenzulernen. Alle Ausgaben des "Roten Fächers" können auf unserer Internetseite als pdf heruntergeladen werden:

http://www.dkpkarlsruhe.de/roterfaecher.php

Rassismus ist keine **Alternative - Argumente** gegen die AfD

sogenannte "Alternative für Deutschland" (AfD) stellt sich gerne als die Partei der "kleinen Leute" dar. In dem sie vor allem durch Hetze gegen Flüchtlinge Schlagzeilen macht und gezielt Ängste vor einer angeblich "Islamisierung" drohenden Deutschlands und Europas schürt, greift sie erfolgreich reale Sorgen vieler Menschen auf. Sie redet den Menschen in Deutschland ein, dass Arbeitsplätze ihre und ihr bescheidener Wohlstand bedroht "Wellen seien durch von Asylbewerbern" und durch die Krise in Ländern wie Griechenland.

Die AfD macht ihre Politik in Wirklichkeit allein im Interesse der Großkonzerne, gegen die Interessen der Lohnabhängigen und Arbeitslosen sowie der kommenden Generationen. Jeder AfD-Abgeordnete im Parlament ist eine Stimme für Rassismus. gesellschaftlichen Rückschritt und die Interessen des Großkapitals.

Argumente gegen die AfD sind in einer aktuellen Broschüre von **DKP und SDAJ Baden-**Württemberg zu finden:

http://dkp-bw.de/wpcontent/uploads/2016/02/Rassismus <u>-ist-keine-</u> Alternative_Webversion.pdf

23.02.2016 - Die Nazimahnwache in Pforzheim verhindern!

Am 23. Februar 2016 plant der faschistische "Freundeskreis ein Herz für Deutschland", wie jedes Jahr, eine Fackelmahnwache auf dem Pforzheimer Wartberg.

"Nicht Bündnis lange Fackeln" ruft zu Gegenprotesten auf:

18.00 Uhr: Demonstration auf den Wartberg, Treffpunkt: **Bahnhof**

18.30 Uhr: Kundgebung, Treffpunkt: Hotel Hasenmayer